





Veranstaltungen/Unternehmerreisen	4
Webinar "Großbritannien in der Post-Brexit-Ära", 2. August 2022, 8:30 bis 9:30 Uhr	4
Webinar "Business Development in Nordafrika", 5. August 2022, 14 bis 15 Uhr	4
Virtuelle Kooperationsbörse mit ukrainischen IT-Unternehmen, 17. August 2022, 10 bis 11:15 Uhr	5
Online-B2B-Matchmaking mit taiwanischen Unternehmen, 29. August bis 1. September 2022	5
Online-Seminar "Export- und Zollabwicklung EU und Drittländer", 30. August 2022, 9 bis 17 Uhr	5
Online-Seminar "Gelangensbestätigung & Co.", 1. September 2022, 9 bis 12:30 Uhr	5
ASEAN-Insights in Düsseldorf, 7. September 2022, 10 bis 17 Uhr	6
Online-Seminar "Umsatzsteuer und Zoll", 8. September 2022, 9 bis 12:30 Uhr	6
Veranstaltung "Erfolgreich in den USA" in Emden, 9. September 2022, 9:30 bis 12:30 Uhr	7
IHK-Online-Sprint "Nachhaltigkeitsberichterstattung", 21. September bis 5. Oktober 2022	7
Deutsch-Britischer Wirtschaftstag in Berlin, 22. September 2022, 15:30 bis 20 Uhr	8
Geschäftsanbahnungsreise zum Thema Cybersecurity nach Finnland, 14. bis 18. November 2022	8
Übersicht Seminare und Lehrgänge zur Außenwirtschaft	8
Zoll- und Außenwirtschaftsrecht	9
Deutschland: Änderung bei Exportkreditgarantien	9
Deutschland: Steuerliche Maßnahmen zur Unterstützung der durch den Ukraine-Krieg Geschädigte	n 9
Deutschland: Unterlagencodierung im ATLAS-Hinweisblatt aktualisiert	9
EU: Importliberalisierung für landwirtschaftliche Produkte aus Moldau	
EU: Lieferkettenkooperation mit globalen Partnern	10
EU: Neue Vertragsverletzungsverfahren gegen das Vereinigte Königreich	11
EU: Regelungen für Kaliningrad-Transit	12
EU: Siebtes Sanktionspaket gegen Russland	13
EU: Text des Handelsabkommens mit Neuseeland veröffentlicht	13
EU: WTO-Verfahren gegen die Türkei	13
Kroatien: Euro-Einführung am 1. Januar 2023	14
Lieferkettengesetz: BAFA veröffentlicht erste Informationen zur Berichtspflicht	14
Nigeria: Änderungen beim Konformitätsprogramm	14
Pakistan: Beitritt zum Haager-Apostille-Übereinkommen	15
Russland: Medizintests für ausländische Fachkräfte	15

Südafrika: Antidumpingzölle auf gefrorene Kartoffelchips	15
Годо: Neue Website für Visa	16
Türkei: Antidumpingzölle auf Flachstahlerzeugnisse	16
Jkraine: Erneute Änderungen im Zahlungsverkehr mit Fremdwährungen	16
JSA: Erneute Zollerhöhung auf Produkte aus Russland	17
JSA: Importverbot für Gold aus Russland	17
Vereinigtes Königreich: Neue IT-Anwendung für Zollanmeldungen	17
Vereinigtes Königreich: Vereinfachungen bei der UKCA-Kennzeichnungg	18
Ländernotizen	19
Ägypten: Energiepartnerschaft mit Israel und der EU	19
Albanien: Tourismusboom belebt die gesamte Wirtschaft	19
Bulgarien: Elektroindustrie hofft auf Mikrochip-Produktion	20
Deutschland: Exporte nach Russland sinken	20
Kasachstan: "Mittlerer Korridor" als neue Transitroute	20
Russland: Kinos bitten um Piraterie-Legalisierung	21
Schweden: Chancen in der Transportinfrastruktur	21
Jkraine: Antikorruptionsstrategie verabschiedet	22
Jngarn: Mercedes-Benz baut Standort aus	22
JSA: Oberstes Gericht schränkt Rechte der Umweltschutzbehörde ein	23
Vereinigtes Königreich: Atomkraftwerk erhält Baugenehmigung	23
Veröffentlichungen	24
Brexit-FAQs auf der Website der AHK Großbritannien	24
Charterflüge zwischen Deutschland und China: AHK-Flugplan Wintersaison 22/23	24
China-Telegramm	24
EU-Bericht zu Reformen in der Ukraine	25
Verschiedenes	25
Fracht- und Personenverkehr interaktiv	25
G7-Staaten: Klimaclub kommt	25
Marktchancen mit dem Klimaschutzatlas	25

Impressum 27

Veranstaltungen/Unternehmerreisen

Webinar "Großbritannien in der Post-Brexit-Ära", 2. August 2022, 8:30 bis 9:30 Uhr

Von der Ankündigung das Nordirland-Protokoll des Brexit-Austrittsvertrags zu brechen bis hin zur Rücktritts-Erklärung des britischen Premierministers Boris Johnson – kaum ein anderes Land sorgt momentan für so viele Schlagzeilen wie das Vereinigte Königreich. Jedoch lässt dieser Wirbel bei Akteuren aus Politik und Wirtschaft vermehrt Zweifel daran aufkommen, inwieweit der Inselstaat im Nordwesten Europas auch in Zukunft noch als verlässlicher Partner gelten kann. Mit welchen Herausforderungen sehen sich deutsche Unternehmen konfrontiert, die trotz des Brexits weiterhin ihre Geschäftsbeziehungen in das Land aufrechterhalten oder eventuell sogar ausbauen möchten? Ist Großbritannien noch an einer engen politischen Zusammenarbeit mit seinen europäischen Nachbarn interessiert? Über diese und weitere Themen werden die Referenten David McAllister (MdEP, Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten im EU-Parlament), Dr. Ulrich Hoppe (Hauptgeschäftsführer der Deutsch-Britischen Industrie- und Handelskammer) sowie der ehemalige deutschen Botschafter in London, Herr Thomas Matussek, bei dem Webinar "Großbritannien in der Post-Brexit-Ära – Ein Inselstaat auf Abwegen?" diskutieren. Weitere Informationen und eine Anmeldemöglichkeit finden Sie hier.

Webinar "Business Development in Nordafrika", 5. August 2022, 14 bis 15 Uhr

Das Webinar des Netzwerkbüros Afrika beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) zeigt unter anderem auf, wie Geschäftsbeziehungen in Nordafrika aufgebaut werden können und was bei der Wahl lokaler Partner beachtet werden sollte. Weitere Informationen unter:

https://event.dihk.de/inainsightsbusinessdevelopment

Virtuelle Kooperationsbörse mit ukrainischen IT-Unternehmen, 17. August 2022, 10 bis 11:15 Uhr

Die IHK Düsseldorf lädt ein zu einer virtuellen Kooperationsbörse bei der sich zwölf ausgewählte ukrainische IT-Firmen in kurzen Pitches vorstellen und Kooperationen mit deutschen Partnern anbieten. Die Veranstaltung findet über MS-Teams in englischer Sprache statt. Im Anschluss an die Pitches besteht Gelegenheit, mit den ukrainischen Unternehmen ins Gespräch zu kommen. Weitere Informationen finden Sie hier.

Online–B2B–Matchmaking mit taiwanischen Unternehmen aus der Unterhaltungselektronik, 29. August bis 1. September 2022 Das deutsche Wirtschaftsbüro in Taipei lädt zusammen mit dem New Taipei City Government zu einem Online–Business–Matchmaking mit Schwerpunkt Unterhaltungselektronik ein. Weitere Informationen, eine Liste der taiwanischen Teilnehmer sowie die Anmeldemöglichkeiten finden Sie hier.

Online-Seminar "Export- und Zollabwicklung EU und Drittländer", 30. August 2022, 9 bis 17 Uhr

Speziell für Neueinsteiger ins internationale Geschäft ist die Vielzahl unterschiedlicher Zoll- und Außenwirtschaftsdokumente oftmals verwirrend. Unser Online-Seminar stellt die wichtigsten Dokumente vor, erläutert deren Anwendungsbereich und zeigt anhand konkreter Beispiele auf, wie diese ordnungsgemäß ausgefüllt werden. Grundkenntnisse werden vorausgesetzt. Das Teilnahmentgelt beträgt 190 Euro pro Person. Weitere Informationen und Anmeldung unter:

https://www.ihk.de/emden/system/vst/2365992?id=382078&tterminId=655770

Online-Seminar "Gelangensbestätigung & Co.", 1. September 2022, 9 bis 12:30 Uhr

Der richtige Umgang mit der Umsatzsteuer im grenzüberschreitenden Handel ist

für Exporteure von entscheidender Bedeutung. Zu beachten sind insbesondere umfangreiche Nachweispflichten zu den sog. Verbringungsnachweisen. Anhand zahlreicher Fallbeispiele lernen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, welche Verbringungsnachweise das Finanzamt akzeptiert und wie diese ausgestellt werden müssen. Dabei werden insbesondere die praktischen Gestaltungsmöglichkeiten der "Gelangensbestätigung" mit vielen Beispielen behandelt. Das Teilnahmeentgelt beträgt 130 Euro pro Person. Weitere Informationen und Anmeldung unter: https://www.ihk.de/emden/system/vst/2365992?id=382025&tterminId=655696

ASEAN-Insights in Düsseldorf, 7. September 2022, 10 bis 17 Uhr

Die IHK Düsseldorf lädt ein zum ASEAN-Insights 2022 am 7. September 2022. Geschäftsführer der Auslandhandelskammern (AHK) in der ASEAN-Region und eingeladene Expertinnen und Experten aus der Industrie beantworten alle Fragen zum südostasiatischen Absatzmarkt und Produktionsstandort, der zunehmend auch als Alternative zu China in den Fokus rückt. Weitere Informationen zu der Veranstaltung finden Sie hier.

Online-Seminar "Umsatzsteuer und Zoll", 8. September 2022, 9 bis 12:30 Uhr

Im internationalen Geschäft sind Unternehmen immer wieder mit der Schnittstelle zwischen Zoll und Umsatzsteuer konfrontiert. Trotz vieler gemeinsamer Schnittstellen bergen manche Regelungen des Zollrechts Risiken in umsatzsteuerlicher Sicht und auch umgekehrt sind vermeidbare Probleme denkbar. In den Unternehmen sind oft eine Vielzahl von Abteilungen und Fachbereichen involviert. Während die Einfuhr beispielsweise oft in der Einkaufsabteilung organisiert wird, ist das Ausfuhrverfahren wiederum in den Abteilungen Versand, Verkauf oder Logistik angesiedelt. Das Thema Umsatzsteuer hingegen ist üblicherweise in der Finanzbuchhaltung angesiedelt. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, interne Schnittstellen zu erkennen und entsprechende Prozesse in den Fachbereichen zu implementieren. Das gilt auch deshalb, weil beispielsweise das Statistische Bundesamt und auch die Zoll- und Finanzverwaltung zunehmend Informationen

über Steuerpflichtige austauschen und somit die Unternehmen eventuell anstehende Betriebsprüfungen gut vorbereiten müssen. Unser Online-Seminar gibt einen kompakten Überblick zu Sonderfällen und Schnittstellen in den Bereichen Umsatzsteuer und Zoll und zeigt, wie diese optimal in den betrieblichen Alltag zu integriert werden können. Das Teilnahmeentgelt beträgt 130 Euro pro Person. Weitere Informationen und Anmeldung unter:

https://www.ihk.de/emden/system/vst/2365992?id=382027&tterminId=655698

Veranstaltung "Erfolgreich in den USA" in Emden, 9. September 2022, 9:30 bis 12:30 Uhr

Die USA sind einer der wichtigsten Märkte für deutsche Produkte. Oft wird jedoch übersehen, dass das Geschäft in den Vereinigten Staaten in rechtlicher, steuerlicher wie auch kultureller Hinsicht eigenen Spielregeln folgt und einer gründlichen Vorbereitung bedarf. Die Veranstaltung "Erfolgreich in den USA: Aktuelle Rechts- und Steuerfragen für deutsche Unternehmen" am 9. September in Emden informiert über die Unterschiede und stellt sowohl US-erfahrenen Unternehmen als auch Einsteigern aktuelles Know-how zur Verfügung. Im Mittelpunkt stehen Themen wie Marktaufbau und Marktpräsenz, Unternehmensgründung sowie Rechtsfragen zum Vertrieb, zu Produkthaftungsrisiken sowie Montagedienstleistungen und nicht zuletzt das Steuerrecht in den Vereinigten Staaten. Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenfrei, eine Anmeldung jedoch erforderlich. Weitere Informationen finden Sie hier.

IHK-Online-Sprint "Nachhaltigkeitsberichterstattung", 21. September bis 5. Oktober 2022

Kaum ein Thema innerhalb des weiten Feldes der Nachhaltigkeit erfährt gegenwärtig so viel Aufmerksamkeit wie die Berichtserstattung. Dies liegt nicht nur an den sich kontinuierlich verschärfenden gesetzlichen Vorgaben, sondern auch steigenden Anforderungen, die an Unternehmen gestellt werden. Auch die Erwartungshaltung hin zu einem höheren Maß an Transparenz von Unternehmen hat sich verändert. Entstanden ist eine komplexe Anforderungslage, verbunden mit der Notwendigkeit, eine Nachhaltigkeitsberichterstattung im Unternehmen auf-

zubauen und umzusetzen. In unserer Webinarreihe wird Prof. Dr. Matthias S. Fifka, Institut für Wirtschaftswissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg, auf zentrale Fragen und Anforderungen zur Nachhaltigkeitsberichterstattung eingehen. Vorgesehen sind drei Termine, detaillierte Informationen finden Sie hier. Das Teilnahmeentgelt beträgt 389 Euro pro Person.

Deutsch-Britischer Wirtschaftstag in Berlin, 22. September 2022, 15:30 bis 20 Uhr

Am 22. September 2022 veranstaltet die AHK Großbritannien in Kooperation mit der IHK zu Berlin und den IHKs in Brandenburg den Deutsch-Britischen Wirtschaftstag. Die Veranstaltung richtet sich mit interessanten Vorträgen zu den Themen Vertrieb, Zoll, Personalwesen sowie allgemeine Informationen zu rechtlichen Herausforderungen sowohl an Unternehmen, die einen Markteinstieg in Großbritannien planen als auch an jene, die bereits in Großbritannien vertreten sind. Die Teilnahme ist kostenfrei. Weitere Informationen und eine Anmeldemöglichkeit finden Sie hier.

Geschäftsanbahnungsreise zum Thema Cybersecurity nach Finnland, 14. bis 18. November 2022

Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz führt die Deutsch-Finnische Handelskammer (AHK) eine Geschäftsanbahnungsreise nach Finnland durch. Die Reise ist Teil des Außenwirtschaftsförderangebotes von Germany Trade & Invest (GTAI) und wird im Rahmen des Markterschließungsprogramms für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) durchgeführt. Zielgruppe sind vorwiegend Start-Ups. Weitere Informationen finden Sie hier.

Übersicht Seminare und Lehrgänge zur Außenwirtschaft

Eine weitergehende Übersicht über Seminare und Lehrgänge zur Außenwirtschaft, die von der IHK für Ostfriesland und Papenburg angeboten werden, finden Sie hier.

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

Deutschland: Änderung bei Exportkreditgarantien

Hamburg (AGA-Portal) – Exportkreditgarantien ("Hermesdeckungen") sichern deutsche Exporteure und die sie finanzierenden Banken gegen politische und wirtschaftliche Risiken ab. Sie werden im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland von der Euler Hermes AG bearbeitet. Um die Schadenregulierung zu vereinfachen und zu beschleunigen, werden bei Schadensfällen im Sammeldeckungsbereich ab sofort die Beleg- und Nachweisanforderungen reduziert. Das AGA-Portal von Euler Hermes berichtet dazu auf seiner Website.

Deutschland: Steuerliche Maßnahmen zur Unterstützung der durch den Ukraine-Krieg Geschädigten

Berlin (BMF) – Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat einen Fragen-Antworten-Katalog zu den steuerlichen Maßnahmen zur Unterstützung der vom Krieg in der Ukraine Geschädigten veröffentlicht. Die seitens des Ministeriums veröffentlichten FAQs geben einen kurzen Überblick über die näheren Einzelheiten in Bezug auf Sachspenden zur Unterstützung von Flüchtlingen, Zuwendungen aus dem Betriebsvermögen, Arbeitslohnspenden sowie die Unterbringung. Die Ausführungen gelten als allgemeine Hinweise. Die Entscheidung im steuerlichen Einzelfall trifft das zuständige Finanzamt. Die FAQs finden Sie auf der Website des BMF.

Deutschland: Unterlagencodierung von Verboten und Beschränkungen im ATLAS-Hinweisblatt aktualisiert

Brüssel (EU) – Die Europäische Kommission hat für bestimmte Unterlagen/ Erklärungen, die Verbote und Beschränkungen (VuB) betreffen, Codierungen festgelegt, die im gesamten Zollgebiet der EU gelten. Um auch einzelstaatliche Unterlagen bzw. Erklärungen für Verbote und Beschränkungen in codierter Form abbilden zu können, war es erforderlich geworden, die Liste der unionsrechtlich vorgeschriebenen Codierungen entsprechend zu ergänzen. Diese Codierungen für VuB-

rechtliche Unterlagen/ Erklärungen sind neben den Codierungen aus anderen Rechtsbereichen (z. B. Außenwirtschaftsrecht, Marktordnungsrecht) zu beachten. Der deutsche Zoll hat sein "Hinweisblatt zu den Codierungen für Unterlagen und Erklärungen für Verbote und Beschränkungen im IT-Verfahren ATLAS" (Juli 2022) entsprechend aktualisiert. Es steht hier zum Download bereit.

EU: Importliberalisierung für landwirtschaftliche Produkte aus Moldau

Brüssel (EU) – Der Rat der EU hat am 18. Juli 2022 eine Verordnung zur vorübergehenden Liberalisierung des Handels mit sieben landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus Moldau erlassen, für die es bisher noch Beschränkungen gab: Tomaten, Knoblauch, Tafeltrauben, Äpfel, Kirschen, Pflaumen und Traubensaft. Das heißt, dass Moldau ein Jahr lang mindestens die doppelte Menge dieser Erzeugnisse zollfrei in die Europäische Union exportieren kann. Hintergrund ist der russische Angriff auf die Ukraine, durch den Moldaus Exporte, die in hohem Maße von ukrainischer Infrastruktur abhängig sind, eingeschränkt wurden und Marktzugänge verloren haben. Durch die vorübergehenden Maßnahmen zur Handelsliberalisierung werden die betreffenden Exporte in die EU umgelenkt. Weitere Informationen finden Sie hier.

EU: Lieferkettenkooperation mit globalen Partnern

Berlin (DIHK) – Am 22. Juli 2022 hat die Europäische Union zusammen mit den USA und 15 anderen globalen Partnern eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, um an globalen Lieferkettenproblemen zu arbeiten. Auch Deutschland hat die Erklärung unterzeichnet. In der Erklärung wurden vier globale Prinzipien hervorgehoben, die die Arbeit an globalen Lieferkettenproblemen leiten sollen:

- Transparenz und Informationsaustausch zwischen den Partnern verbessern, um Engpässe in der Lieferkette besser vorhersehen zu können,
- Globale Kapazitäten für Materialien und Vorprodukte diversifizieren und ausbauen,
- Schwachstellen beheben und Sicherheitsrisiken in Lieferketten besser bewältigen,

Faire und nachhaltige Praktiken entlang der Lieferketten f\u00f6rdern.

Neben der EU und den USA haben auch 15 weitere Länder die gemeinsame Erklärung unterzeichnet: Australien, Brasilien, Deutschland, Frankreich, Kanada, Indien, Italien, Japan, die Demokratische Republik Kongo, die Republik Korea, Mexiko, die Niederlande, Singapur, Spanien und das Vereinigte Königreich. Zur Erklärung gelangen Sie hier:

https://www.state.gov/supply-chain-ministerial-joint-statement/

EU: Neue Vertragsverletzungsverfahren gegen das Vereinigte Königreich

Brüssel (EU) – Die Europäische Kommission hat am 22. Juli 2022 vier weitere Vertragsverletzungsverfahren gegen das Vereinigte Königreich gestartet, da das mit der EU vereinbarte Protokoll zu Irland und Nordirland von britischer Seite in wesentlichen Teilen weiterhin nicht umsetzt wird. Zuvor hatte die Kommission über ein Jahr lang auf die Einleitung bestimmter Verfahren verzichtet, um Raum für die Suche nach gemeinsamen Lösungen zu schaffen. Im Einzelnen geht es bei den Verfahren um:

- Die Nichteinhaltung der geltenden Zollvorschriften und Kontrollvorgaben für den Warenverkehr von Nordirland nach Großbritannien. Dies erhöht laut EU-Kommission das Risiko des Schmuggels über Nordirland erheblich. Es eröffne beispielsweise Händlern die Möglichkeit, EU-Vorschriften über Verbote und Beschränkungen der Ausfuhr von Waren in Drittländer zu umgehen, oder biete Möglichkeiten für den Karussellhandel mit Waren, die in der EU zur Ausfuhr angemeldet werden und das Zollgebiet tatsächlich nicht über Nordirland verlassen.
- Die fehlende Mitteilung, dass die EU-Rechtsvorschriften zu Verbrauchsteuern, die ab dem 13. Februar 2023 gelten werden, umgesetzt wurden. Die Mitgliedstaaten und das Vereinigte Königreich in Bezug auf Nordirland waren verpflichtet, diese Richtlinie umzusetzen und der Kommission ihre Umsetzungsmaßnahmen bis zum 31. Dezember 2021 mitzuteilen. Bislang hat das Vereinigte Königreich dies nicht getan.
- Die fehlende Mitteilung, dass die EU-Vorschriften über Steuern auf Alko-

hol und alkoholische Getränke umgesetzt wurden. Sie erleichtern unter anderem kleineren Herstellern den Zugang zu niedrigeren Verbrauchsteuersätzen. Die Mitgliedstaaten und das Vereinigte Königreich in Bezug auf Nordirland waren verpflichtet, diese Richtlinie bis zum 31. Dezember 2021 umzusetzen.

Die Nichtumsetzung der EU-Vorschriften über die Mehrwertsteuer (MwSt.) für den elektronischen Handel, insbesondere des Import One-Stop Shop (IOSS). Der IOSS ist eine Sonderregelung, die Unternehmen seit dem 1. Juli 2021 nutzen können, um ihren mehrwertsteuerlichen Pflichten bei Fernverkäufen von Importwaren nachzukommen. Es ermöglicht Lieferanten und elektronischen Schnittstellen, die importierte Waren bis zu einem Wert von 150 Euro an Käufer in der EU verkaufen, die Mehrwertsteuer über die Steuerbehörden eines Mitgliedstaats zu erklären und abzuführen, anstatt sich in jedem Mitgliedstaat, in den sie verkaufen, registrieren lassen zu müssen.

Ziel dieser Vertragsverletzungsverfahren ist es laut EU-Kommission, die Einhaltung des Protokolls zu Irland und Nordirland in einer Reihe von Schlüsselbereichen sicherzustellen. Dies sei unerlässlich, damit Nordirland weiterhin von seinem privilegierten Zugang zum europäischen Binnenmarkt profitieren könne, und um die Bürgerinnen und Bürger in der EU sowie die Integrität des Binnenmarktes zu schützen. Die britische Regierung hat nun hat zwei Monate Zeit, auf die Aufforderungsschreiben der EU-Kommission zu antworten. Weitere Informationen finden Sie hier:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/qanda_22_4664

EU: Regelungen für Kaliningrad-Transit

Brüssel (EU) – Die Europäische Kommission hat am 13. Juli 2022 neue Leitlinien zu dem durch EU-Territorium gehenden Transitverkehr zwischen Russland und dessen Ostsee-Exklave Kaliningrad veröffentlicht. Der unionsweite Transport inklusive Transit von auf EU-Sanktionslisten stehenden russischen Waren wie Eisen und Stahl, Zement und Holz, Kohle, Ölprodukte und Rohöl ist demnach grundsätzlich untersagt. Die Leitlinien finden Sie hier.

EU: Siebtes Sanktionspaket gegen Russland

Brüssel (EU) –Die Europäische Union hat am 21. Juli 2022 ein neues Maßgabenpaket als Reaktion auf Russlands Invasion in die Ukraine erlassen. Mit dem Paket
wird ein neues Verbot eingeführt, Gold mit Ursprung in Russland zu kaufen, einzuführen oder zu verbringen. Zudem werden Ausfuhrkontrollen für Güter mit
doppeltem Verwendungszweck verstärkt, das bestehende Zugangsverbot zu Häfen auf Schleusen ausgeweitet sowie Sanktionen gegen weitere 54 Personen und
zehn Organisationen verhängt. Die Maßnahmen sind (wie bereits die früheren
Sanktionen) nicht gegen Russlands Nahrungsmittel-, Getreide- oder Düngemittelausfuhren gerichtet. Details zu dem neuen Sanktionspaket hat das Bundesamt
für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) hier zusammengestellt.

EU: Text des Handelsabkommens mit Neuseeland veröffentlicht

Brüssel (EU) – Am 08. Juli 2022 haben die EU und Neuseeland den vorläufigen Wortlaut des bilateralen Handelsabkommens veröffentlicht. Das Abkommen kann Unternehmen in der EU ab dem ersten Jahr der Anwendung einen Zollabbau in Höhe von jährlich etwa 140 Millionen Euro bringen. Der bilaterale Handel könnte laut EU-Berechnungen um bis zu 30 Milliarden wachsen. Den Text des Abkommens finden Sie hier.

EU: WTO-Verfahren gegen die Türkei

Berlin (DIHK) – Am 26. Juli 2022 hat das Streitschlichtungsgremium der Welthandelsorganisation (WTO) eine Klage der Europäischen Union gegen eine Lokalisierungsmaßnahme für Arzneimittel der Türkei zugunsten der EU entschieden. In dem Schiedsspruch heißt es, dass die türkischen Lokalisierungsmaßnahmen ausländische Arzneimittel diskriminieren. Laut Streitschlichtungsgremium würden Anreize für ausländische Arzneimittelhersteller geschaffen, ihre Produktion in die Türkei verlagern. Nur dann könnten Arzneimittel im Rahmen der türkischen Sozialversicherungssysteme erstattet werden. Dies sei aber nicht mit den WTO-Verpflichtungen der Türkei vereinbar. Die Türkei muss nun ihre Lokalisierungsund Priorisierungsmaßnahmen entweder unverzüglich oder innerhalb eines mit der EU ausgehandelten oder von einem WTO-Schiedsrichter festgelegten Zeit-

raums aufheben.

Kroatien: Euro-Einführung am 1. Januar 2023

Brüssel (EU) – Kroatien führt am 1. Januar 2023 den Euro ein. Nachdem das Einführungsgesetz bereits im Mai 2022 im kroatischen Parlament beschlossen wurde, haben im Juni und Juli auch alle zuständigen EU-Gremien der Währungsumstellung zugestimmt. Weitere Informationen finden Sie <u>hier</u>.

Lieferkettengesetz: BAFA veröffentlicht erste Informationen zur Berichtspflicht

Eschborn (BAFA) – Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) hat zur Umsetzung der Berichtspflicht im Zuge des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) erste Informationen auf seiner Website veröffentlicht. Dabei wird auf die Form und Inhalt des zu erstellenden Berichts eingegangen. Grundlage hierfür wird ein Fragebogen sein, der gerade erstellt wird.

Nigeria: Änderungen beim Konformitätsprogramm

Bonn (GTAI) – Die nigerianische Normenbehörde hat ihr verpflichtendes Konformitätsprogramm SONCAP (Standards Organisation of Nigeria Conformity Assessment Programme) für Importwaren überarbeitet. Seit dem 1. Mai 2022 gibt es nur noch vier akkreditierte Prüfgesellschaften, die Waren im Namen der Behörde für die Importzulassung in Nigeria inspizieren dürfen. Ansprechpartner in Europa sind die Prüfgesellschaften <u>Bureau Veritas</u> und <u>Cotecna</u>. Die Gesellschaften prüfen vor dem Versand, ob regulierte Produkte den Normen und technischen Anforderungen in Nigeria entsprechen und bestätigen das mit Produkt- und Konformitätszertifikaten. Diese sind für die Zollabfertigung zwingend erforderlich. Auch die Gebühren für SONCAP sind überarbeitet worden. Die Kosten für die Erstellung eines SONCAP-Zertifikats steigen zum 1. August 2022 von 300 auf 350 US-Dollar. Für ein Produktzertifikat für nicht registrierte Produkte sind künftig 500 US-Dollar, für registrierte Produkte 1.000 US-Dollar und für lizenzierte Produkte 2.000 US-Dollar zu zahlen.

Pakistan: Beitritt zum Haager-Apostille-Übereinkommen

Bonn (GTAI) – Die Regierung in Islamabad hat am 8. Juli 2022 die Beitrittsurkunde zum Haager-Apostille-Übereinkommen ratifiziert. Damit wird das Übereinkommen für Pakistan am 9. März 2023 in Kraft treten. Das Haager Übereinkommen zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Legalisation (sogenanntes Apostille-Übereinkommen) ersetzt das traditionelle und umständliche Legalisierungsverfahren durch eine einzige Formalität: die Ausstellung einer Bescheinigung, der sogenannten Apostille. Eine Apostille, die vom jeweiligen Ursprungsstaat ausgestellt wird, bestätigt dann die Herkunft eines öffentlichen Dokuments, so dass es im Ausland einer anderen Vertragspartei vorgelegt werden kann. Dieser vereinfachte Rahmen soll den internationalen Verkehr von öffentlichen Urkunden für Einzelpersonen, Familien und Geschäftsleute deutlich erleichtern.

Russland: Medizintests für ausländische Fachkräfte

Bonn (GTAI) – Russland hatte im Sommer 2021 eine verpflichtende ärztliche Untersuchung für ausländische Arbeitskräfte bestimmt, die nach dem 31. Oktober 2021 zu Arbeitszwecken für einen Aufenthalt von mehr als 90 Tagen nach Russland einreisen. Die Untersuchung sollte innerhalb von 30 Tagen ab dem Tag der Einreise erfolgen. Nach Ablauf dieser Gültigkeitsdauer, so die Vorgabe, war die Untersuchung zu wiederholen. Per Gesetz ist nun am 14. Juli 2022 eine Klarstellung erfolgt: Ausländische hochqualifizierte Spezialisten müssen ab sofort innerhalb von 30 Tagen nach der Verlängerung ihrer Arbeitserlaubnis die Untersuchung erneut absolvieren. Für ausländische Arbeitskräfte bedeutet es, dass die Untersuchung im Dreijahresrhythmus erfolgen muss.

Südafrika: Antidumpingzölle auf gefrorene Kartoffelchips

Bonn (GTAI) – Südafrika erhebt seit dem 15. Juli 2022 vorläufige Antidumpingzölle auf gefrorene Kartoffelchips mit Ursprung in oder eingeführt aus Belgien, Deutschland und den Niederlanden. Betroffen sind folgende Zolltarifnummern: 2004.10.21 und 2004.10.29. Die Höhe der Zölle beträgt für Erzeugnisse mit Ursprung in oder eingeführt aus Deutschland 181,05 Prozent. Für Waren mit Ur-

sprung in oder eingeführt aus Belgien und den Niederlanden fallen Zölle zwischen 9,23 und 104,25 Prozent an. Die Maßnahme gilt voraussichtlich bis zum 14. Januar 2023.

Togo: Neue Website für Visa

Bonn (GTAI) – Die Regierung in Lomé hat eine neue Internetseite veröffentlicht, über die elektronische Visa beantragt werden können. Auch der Impfstatus kann angegeben oder ein PCR-Test gebucht werden. Reisende können auf der Website zudem ein Formular ausfüllen und darüber erfahren, ob sie für die Einreise nach Togo überhaupt ein Visum benötigen. Sie erfahren zudem, welche Kosten anfallen. Reisende, die häufiger nach Togo reisen, können auf der Seite ein Konto anlegen und persönliche Daten, wie Name, Kontaktdaten oder Passnummer, abspeichern. Dann müssen diese Informationen bei der nächsten Reise nicht erneut eingegeben werden. Die Webseite steht in französischer und englischer Sprache zur Verfügung: https://voyage.gouv.tg/

Türkei: Antidumpingzölle auf Flachstahlerzeugnisse

Bonn (GTAI) – Die Türkei erhebt seit dem 7. Juli 2022 Antidumpingzölle auf bestimmte warm gewalzte Flachstahlerzeugnisse mit Ursprung in der EU und in Südkorea. Betroffen sind legierte und nicht legierte Erzeugnisse folgender Zolltarifnummern: 7208.10.00, 7208.25.00, 7208.26.00, 7208.27.00, 7208.36.00, 7208.37.00, 7208.38.00, 7208.39.00, 7208.40.00, 7208.52.10, 7208.52.99, 7208.53.10, 7208.53.90, 7208.54.00, 7211.13.00, 7211.14.00, 7211.19.00, 7212.60.00, 7225.19.10, 7225.30.10, 7225.30.30, 7225.30.90, 7225.40.15, 7225.40.90, 7226.91.20, 7226.91.91, 7226.91.99. Die Höhe der Zölle beträgt für Erzeugnisse mit Ursprung in der EU zwischen sieben und 12,8 Prozent, für Ursprungswaren Koreas zwischen sieben und 8,95 Prozent.

Ukraine: Erneute Änderungen im Zahlungsverkehr mit Fremdwährungen

Bonn (GTAI) - Mit dem Erlass Nr. 761 vom 7. Juli 2022 hat die ukrainische Regie-

rung die Liste der kritischen Importgüter abgeschafft. Diese Liste war im Frühjahr 2022 veröffentlicht worden, um Zahlungen in ausländischen Währungen ins Ausland einzuschränken. Zahlungen waren nur noch für jene Güter und Dienstleistungen erlaubt, die in der Liste der kritischen Importe aufgelistet waren. Die Abschaffung dieser Liste ermöglicht es Unternehmen bereits seit dem 9. Juli 2022 Devisen zu kaufen und Gelder bei Export-Import-Geschäften für bestimmte Warengruppen zu überweisen. Zu beachten ist, dass die Beschränkungen für den Kauf von Devisen und grenzüberschreitenden Überweisungen für die Einfuhr von Dienstleistungen vorerst bestehen bleiben.

USA: Erneute Zollerhöhung auf Produkte aus Russland

Bonn (GTAI) – US-Präsident Biden hat die Einfuhrzölle auf zahlreiche Produkte der Kapitel 25 bis 97 des US-Zolltarifs mit Ursprung in Russland auf 35 Prozent erhöht. Betroffen sind unter anderem viele chemische Produkte (Kapitel 28, 29), Schuhe (Kapitel 64), Eisen, Stahl (Kapitel 72), Maschinen (Kapitel 84, 85) und Kfz (Kapitel 87). Bereits im April 2022 hatten die USA Russland und Belarus den WTO-Meistbegünstigungsstatus entzogen.

USA: Importverbot für Gold aus Russland

Bonn (GTAI) – Das US-Finanzministerium (Department of the Treasury) hat am 24. Juni 2022 eine Entscheidung veröffentlicht, mit der die Einfuhr von Gold mit Ursprung in Russland in die USA seit dem 28. Juni 2022 verboten ist. Gold aus Russland, das sich vor dem 28. Juni 2022 außerhalb Russlands befand, ist nicht von dem Verbot betroffen.

Vereinigtes Königreich: Neue IT-Anwendung für Zollanmeldungen

Berlin (DIHK) – Der britische Zoll hat angekündigt, sein altes System für die elektronische Abgabe von Zollanmeldungen (CHIEF) in den kommenden Monaten abzuschalten. Künftig sollen Zollanmeldungen nur noch in der neuen IT-Anwendung "Customs Declaration Service" (CDS) erfolgen. In einem ersten

Schritt soll CHIEF für Einfuhrvorgänge abgeschaltet werden. Ab dem 1. Oktober 2022 sollen dann sämtliche Einfuhrzollanmeldungen ausschließlich über CDS erfolgen. In einem zweiten Schritt soll CHIEF für Ausfuhrvorgänge abgeschaltet werden. Ab dem 1. April 2023 sollen dann auch alle Ausfuhrzollanmeldungen ausschließlich über CDS erfolgen. Weitere Informationen finden Sie auf der Website der britischen Zollbehörde sowie in dieser Checkliste.

Vereinigtes Königreich: Vereinfachungen bei der UKCA-Kennzeichnung

Bonn (GTAI) - Die Umstellung auf die neue britische Produktkennzeichnung UKCA stellt Unternehmen vor Herausforderungen. Nun kündigte die britische Regierung weitere Schritte an, um den Übergang zu erleichtern. Die angekündigten Erleichterungen betreffen Konformitätsbewertungen durch externe Stellen und die Kennzeichnung mit dem UKCA-Label. Demnach können Konformitätsbewertungen, die von einer Benannten Stelle mit Sitz in der EU vor Ende 2022 durchgeführt werden, als Grundlage für die UKCA-Kennzeichnung verwendet werden. Ziel ist es, doppelte Konformitätsbewertungsverfahren zu vermeiden. Diese Ausnahme gilt bis zum 31. Dezember 2027 oder bis zum Ablauf der Gültigkeit des EU-Zertifikats, je nach dem, was zuerst eintritt. Auch die Frist zum Anbringen der UKCA-Kennzeichnung wird bis zum 31. Dezember 2025 verlängert. Ab 1. Januar 2026 muss die Kennzeichnung direkt auf dem Produkt oder - wenn es die einschlägige Rechtsvorschrift erlaubt – auf der Verpackung erfolgen. Gleiches gilt für die Kontaktdaten des britischen Importeurs. Für bereits hergestellte Ware, die mit der CE-Kennzeichnung versehen ist und vor dem 1. Januar 2023 nach Großbritannien importiert wurde, ist eine Änderung der Kennzeichnung ist ebenso wenig erforderlich wie eine Re-Zertifizierung. Für Ersatzteile gelten die Konformitätsanforderungen, die zu dem Zeitpunkt galten, als das Originalprodukt in Großbritannien in Verkehr gebracht wurde. Das heißt, dass ein Produkt, das vor Ablauf der Übergangsfrist CE-gekennzeichnet in Verkehr gebracht wurde, weiterhin mit CE-gekennzeichneten Ersatzteilen repariert werden darf. Für Medizinprodukte, Bauprodukte, Seilbahnen, transportable Druckgeräte, unbemannte Flugsysteme, Bahnprodukte und Schiffsausrüstung gelten nach wie vor gesonderte Vorschriften.

Ländernotizen

Ägypten: Energiepartnerschaft mit Israel und der EU

Bonn (GTAI) – Am 15. Juni 2022 haben Ägypten, Israel und die EU eine Absichtserklärung über eine langfristige Energiepartnerschaft unterzeichnet. Im Mittelpunkt der Vereinbarung steht die Lieferung von Flüssiggas nach Europa. Israelisches Erdgas soll zunächst in Ägypten verflüssigt und anschließend per Schiff in die EU gebracht werden. Die drei Parteien beabsichtigen, sich mindestens einmal jährlich zu treffen, um die Umsetzung der Energiepartnerschaft zu überwachen. Die Absichtserklärung begründet keine rechtsverbindlichen Verpflichtungen für die drei Unterzeichner und ist zunächst für einen Zeitraum von drei Jahren abgeschlossen. Weitere Informationen finden Sie unter:

https://energy.ec.europa.eu/eu-egypt-israel-memorandum-understanding_en

Albanien: Tourismusboom belebt die gesamte Wirtschaft

Belgrad (GTAI) – Der Tourismus in Albanien erholt sich von den Auswirkungen der Corona-Pandemie. Das bringt Schwung in die gesamte Wirtschaft. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird 2022 real um rund 3,5 Prozent zulegen, so das Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) in seiner Sommerprognose. Auch die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) und der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnen mit einem Wachstum von rund drei Prozent. Wegfallende Coronabeschränkungen und ein großer Nachholbedarf bei Reisen sorgen dafür, dass die Touristenzahlen nach oben gehen. Alleine zwischen Januar und Mai 2022 verzeichnete Albanien 3,5 Millionen Gäste. Das entspricht ungefähr dem Niveau von 2019. Der Tourismus gilt als Zugpferd der albanischen Wirtschaft. Rund 225.000 Personen arbeiten direkt und indirekt im Tourismus.

Bulgarien: Elektroindustrie hofft auf Mikrochip-Produktion

Sofia (GTAI) – Bulgariens Elektroindustrie sieht sich gut aufgestellt für die Entwicklung einer europäischen Mikrochip-Industrie. Das südosteuropäische Land will zu einem Glied in der Wertschöpfungskette einer europäischen Mikrochip-Industrie werden. Eine Etappe zum Aufbau einer europäischen Mikrochip-Industrie ist der Aufbau von Zentren für Forschung und Entwicklung (F&E). IN Bulgarien betreibt das belgische Unternehmen Melexis bereits ein Entwicklungszentrum für Sensoren und Chips für die Automobilindustrie. Vor Kurzem hat das Unternehmen seine Kapazitäten in Sofia erweitert und ein Forschungs- und Entwicklungszentrum eröffnet, in das Melexis 75 Millionen Euro investiert hat. Bulgarien hat Standortvorteile, die potenzielle Investoren anziehen: Das Lohnniveau ist im EU-weiten Vergleich am niedrigsten und die Technische Universität in Sofia verfügt seit 1994 über eine Lizenz zur Ausbildung von hoch qualifizierten Fachkräften in den Bereichen Mikro- und Nanoelektronik.

Deutschland: Exporte nach Russland sinken

Wiesbaden (Destatis) – Die Exporte deutscher Unternehmen nach Russland sind vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs deutlich zurückgegangen. Die Exporte in die Russische Föderation sanken im Juni 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 41,6 Prozent auf ein Volumen von 1,2 Milliarden Euro, wie das Statistische Bundesamt (Destatis) erklärte. Insgesamt stiegen die deutschen Exporte in Länder außerhalb der Europäischen Union im Vormonatsvergleich um 4,2 Prozent. Russland belegte im Juni somit den zehnten Platz der wichtigsten Bestimmungsländer für deutsche Exporte außerhalb der EU. Vor Beginn des Ukraine-Kriegs im Februar hatte Russland noch Platz fünf belegt, im April war Russland auf dem vierzehnten Platz. Wichtigster Handelspartner für die deutschen Exporteure außerhalb der EU sind weiterhin die USA.

Kasachstan: "Mittlerer Korridor" als neue Transitroute

Almaty (GTAI) – Die Suche nach geeigneten Ausweichrouten zu Land für den Frachtverkehr zwischen Ost und West hat spätestens mit Beginn des Ukraine-Krieges neu an Fahrt aufgenommen. Dabei gilt der intermodale Verkehrskorridor

über das Kaspische Meer und durch den Südkaukasus via Kasachstan und Russland, der sog. "Mittlere Korridor", als chancenreichste Alternative zur Nordroute. Experten halten es mittlerweile für möglich, dass diese Route durch eine gezielte Erweiterung langfristig die nördliche Asien-Europa-Trasse sogar ersetzen könnte. Für diese Einschätzung spricht, dass aktuell kaum jemand mit einer zügigen Normalisierung der Lage in der Ukraine rechnet. Weitere Sanktionen gegen Russland sind möglich. Ein Beispiel für internationale Transportfirmen, die für Teile ihrer China-Fracht bereits den Mittleren Korridor nutzen, ist die finnische Nurminen Logistics. Das Unternehmen brachte dort einen ersten Containerzug Anfang Mai 2022 gemeinsam mit der staatlichen kasachischen Eisenbahngesellschaft KTZ erfolgreich auf den Weg. Der Zug startete im zentralchinesischen Chongqing und endete nach rund 9.000 Kilometer im südfinnischen Kouvola, einem wichtigen Eisenbahnknotenpunkt für ganz Nordeuropa. Mittlerweile offeriert Nurminen Logistics Containertransporte auf dieser Route regelmäßig einmal pro Woche.

Russland: Kinos bitten um Piraterie-Legalisierung

Moskau (AHK) – Um sich vor dem wirtschaftlichen Abgrund zu retten, wollen russische Kinos künftig Raubkopien von Hollywood-Blockbustern zeigen. Der Verband der Kinobetreiber hat die Regierung aufgefordert, die Piraterie zu legalisieren. Nach geltender Rechtslage müssten Kinos mit Konsequenzen rechnen, wenn sie Filme ohne Lizenz der Filmstudios zeigen, sagte Verbandsmitglied Roman Issajew von der Internet-Marktforschungsfirma Comscore. Präsident Vladimir Putin hatte im Mai angeordnet, dass Rechtsinhaber aus "unfreundlichen Ländern" spezielle Rubel-Konten eröffnen müssen, um Lizenzzahlungen aus Russland zu kassieren. Da ausländische Filmstudios dies nicht getan hätten, könnten ihre Filme in Russland nicht mehr legal gezeigt werden, so Issajew.

Schweden: Chancen in der Transportinfrastruktur

Stockholm (GTAI) – Anfang Juni 2022 präsentierte die schwedische Regierung ein Update des Nationalen Plans für Transportinfrastruktur. Nahezu 83 Milliarden Euro sollen bis 2033 in die schwedische Straßen- und Schieneninfrastruktur fließen – die Hälfte davon in neue Projekte. Deutsche Bauunternehmen sollten das

Geschäftspotenzial nicht unterschätzen. Details finden Sie in dem <u>GTAI</u>-Branchenbericht.

Ukraine: Antikorruptionsstrategie verabschiedet

Bonn (GTAI) – Die ukrainische Regierung hat am 20. Juni 2022 das ein Gesetz über die Grundlagen der staatlichen Antikorruptionspolitik verabschiedet. Das Gesetz ist am 11. Juli 2022 in Kraft getreten und dient der Umsetzung einer Antikorruptionsstrategie. Die Strategie wurde im Zusammenspiel mit mehreren Beteiligten aus Politik, Verwaltung, Wirtschaftsverbänden und Entwicklungspartnern entwickelt. Die Ausarbeitung entspricht der UN-Konvention gegen Korruption und ist ein Baustein für den EU-Kandidatenstatus der Ukraine. Laut der Strategie soll vor allem in folgenden Bereichen die Korruption gesenkt werden:

- Zollangelegenheiten und Steuern;
- Gerichte und Strafverfolgungsbehörden;
- Regulierung der Wirtschaft;
- Bau- und Grundstückverhältnisse.

Hierzu sieht die Strategie unter anderem vor:

- die Optimierung der staatlichen und kommunalen Selbstverwaltung (Beseitigung von Doppelbefugnissen);
- die digitale Transformation;
- die Transparenz bei Datenweitergabe;
- die konsequente Strafverfolgung/rechtliche Verantwortung für Korruption und korruptionsbezogene Straftaten.

Ungarn: Mercedes-Benz baut Standort aus

Budapest (GTAI) – Mercedes-Benz hat angekündigt, das Montage- und Karosseriewerk im ungarischen Kecskemét um weitere Produktionslinien zu erweitern. Die Investitionen sollen sich auf umgerechnet eine Milliarde Euro belaufen. Der Zuschuss der Regierung in Budapest beträgt rund 35 Millionen Euro. Schwerpunkte der Investitionen sollen die Flexibilisierung der Produktionslinien sowie Digitalisierung und Nachhaltigkeit sein, heißt es. Außerdem will Mercedes ein Ausbildungsprogramm starten, das von der Regierung finanziell unterstützt wird.

Durch das Vorhaben wird das ungarische Werk in die Lage versetzt, weitere Elektromodelle zu fertigen. Ab 2024 sollen Fahrzeuge auf Basis der MMA-Plattform (Mercedes Modular Architecture) vom Band rollen. Diese können sowohl mit konventionellem als auch elektrischem Antrieb angeboten werden. Ab 2025 soll die Serienproduktion vollelektrischer Modelle auf Basis der neuen MB.EA-Plattform (Mercedes Benz Electric Architecture) starten.

USA: Oberstes Gericht schränkt Rechte der Umweltschutzbehörde ein

Bonn (GTAI) – Am 30. Juni 2022 hat der Supreme Court, der oberste Gerichtshof der USA, im Fall West Virginia vs. EPA sein Urteil verkündet. In dem vorliegenden Fall war fraglich gewesen, ob die US-Umweltschutzbehörde (U.S. Environmental Protection Agency, EPA) bei der Umsetzung des Gesetzes zur Luftreinhaltung ("Clean Air Act") Regelungen erlassen kann, die die Treibhausgasemissionen bestehender Kohle- und Gaskraftwerke beschränken. In seinem Urteil kam der Supreme Court zu dem Ergebnis, dass die EPA bei Fragen von gesellschaftlicher Tragweite nicht ohne ausdrückliche Genehmigung des Kongresses handeln darf. Der Kongress jedoch, hatte der EPA in der vorliegenden Konstellation nicht die Genehmigung erteilt, die beanstandeten Regelungen allein zu verabschieden, hieß es in dem Urteil. Die Entscheidung wurde mit sechs zu drei Stimmen des Gerichts gegen die EPA gefällt.

Vereinigtes Königreich: Atomkraftwerk erhält Baugenehmigung

London (GTAI) – Das britische Kernkraftprojekt "Sizewell C" hat nach einem rund zehn Jahre dauernden Planungsverfahren die Baugenehmigung erhalten. Die Entscheidung wurde am 20. Juli 2022 veröffentlicht, nachdem das Wirtschaftsministerium dem Projekt zugestimmt hat. Auch wenn eine Anfechtung durch Kritiker des Projekts möglich ist, hat das umgerechnet 23 Milliarden Euro schwere Kraftwerk damit eine wichtige Hürde genommen. Der hinter dem Projekt stehende französische Energiekonzern EDF kündigte den Baubeginn für 2023 an. Das Projekt erweitert die bestehende Kernkraftanlage Sizewell im ostenglischen Suffolk um zwei EPR-Druckwasserreaktoren. Es soll 3,2 Gigawatt Strom für sechs Millio-

nen Haushalte erzeugen. Die EPR-Technologie wird auch im britischen Atomkraftwerk Hinkley Point C eingesetzt, das derzeit gebaut wird. Dieses soll im Jahr 2026 als erste kerntechnische Anlage im Vereinigten Königreich seit über 20 Jahren ans Netz gehen. Das Vereinigte Königreich will bis 2050 klimaneutral sein und setzt dabei auf Offshore-Windenergie und Kernenergie.

Veröffentlichungen

Brexit-FAOs auf der Website der AHK Großbritannien

Die Deutsch-Britische Industrie- und Handelskammer (AHK) hat auf ihrer Website einen umfangreichen Fragen-und-Antworten-Katalog zu verschiedenen Brexit-Aspekten wie z. B. Mitarbeiterentsendung, Zoll, Transport oder umsatzsteuerlichen Fragen zusammengestellt: https://grossbritannien.ahk.de/brexit/faqs

Charterflüge zwischen Deutschland und China: AHK-Flugplan Wintersaison 22/23

Nach erfolgreicher Durchführung von mehreren Charterflügen in 2020 und 2022, plant die Deutsche Auslandshandelskammer in China (AHK) weitere Flüge zu organisieren. Das Ziel der AHK China ist es, deutschen Unternehmen in China zu helfen, das benötigte Personal, deren Familien und Kurzzeitexperten zuverlässig nach China zu bringen. Geplant sind die Flüge derzeit von Frankfurt aus zum Qingdao Jiaodong Airport. Buchungen für Charterflüge können ausschließlich und direkt über die AHK vorgenommen werden. Weitere Informationen unter: https://china.ahk.de/charterflight

China-Telegramm

Die aktuelle Ausgabe des China-Telegramms (03/2022) – eine gemeinsame Publikation der IHK Köln und der Deutsch-Chinesischen Wirtschaftsvereinigung e.V. (DCW) – ist online abrufbar:

http://www.china-telegramm.de/epaper

EU-Bericht zu Reformen in der Ukraine

Am 26. Juli 2022 hat die Europäische Kommission ihren jährlichen Bericht zum Fortgang der Reformen im Rahmen des EU-Ukraine-Assoziierungsabkommens vom 1. Dezember 2020 bis 24. Februar 2022 vorgelegt. Der Bericht umfasst unter anderem die Bereiche Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung, Reform der öffentlichen Verwaltung, Corporate Governance, Finanzsektor, Energie, Umweltreformen, digitaler Wandel sowie den Visa-Aussetzungsmechanismus. Den Bericht finden Sie hier:

https://www.eeas.europa.eu/eeas/joint-staff-working-document-association-implementation-report-ukraine_en

Verschiedenes

Fracht- und Personenverkehr interaktiv

Was ist aktuell los auf den Weltmeeren, auf den Flüssen und in der Luft? Im Internet können Sie sich über Websites wie <u>Vesselfinder.com</u> und <u>Flightradar24.com</u> in Echtzeit einen Überblick verschaffen.

G7-Staaten: Klimaclub kommt

Die G7-Staaten, zu denen neben Deutschland, Frankreich und Italien auch die USA, Kanada, Japan und Großbritannien gehören, haben beschlossen, zum Ende dieses Jahres einen Klimaclub ins Leben zu rufen. Er soll drei Säulen haben: die Förderung von Klimaschutzmaßnahmen, die Dekarbonisierung von Industriezweigen und internationale Klimaschutzpartnerschaften. Der DIHK hat den Beschluss kommentiert und ein Impulspapier veröffentlicht. Weitere Informationen finden Sie <u>hier</u>.

Marktchancen mit dem Klimaschutzatlas

Welche Klimaziele setzen sich Regierungen weltweit? Welche Anreize für mehr Klimaschutz gibt es? Die Antworten darauf und vieles mehr liefert der Klimaschutzatlas von Germany Trade & Invest (GTAI) und dem Deutschen Industrie-

und Handelskammertag (DIHK). Darin werden die wichtigsten Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen und die Geschäftschancen für Unternehmen in den Bereichen Energie, Verkehr, Industrie und Gebäude erläutert: https://www.gtai.de/de/trade/specials/klimaschutzatlas

Impressum

Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer (IHK) für Ostfriesland und Papenburg

Die Informationen werden mit größter Sorgfalt zusammengetragen, recherchiert und verarbeitet. Eine Gewähr für die Richtigkeit kann jedoch nicht übernommen werden. Weitere Informationen zu den einzelnen Meldungen können bei der IHK angefordert werden.

Aktuelle Veranstaltungsinformationen finden Sie unter:

www.ihk-emden.de/international

Kontaktpersonen der IHK für Ostfriesland und Papenburg im Bereich International:

Lars Heidemann

Tel. (04921) 8901-24

lars.heidemann@emden.ihk.de

Meike Westerman

Tel. (04921) 8901-31

meike.westerman@emden.ihk.de

Elke Wiertzema

Tel. (04921) 8901-31

elke.wiertzema@emden.ihk.de

ildnachweis: shutterstock.co











Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg

